

2625/J XXI.GP
Eingelangt am:03.07.2001

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr Gabriela Moser, Freundinnen und Freunde
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend Subventionsstopp bei Zeitungsförderungen

Am 27. Juni 2001 präsentierte die Post AG ihre Vorstellungen für die zukünftigen Zustellungstarife der Zeitungen, die bis 2004 in drei Jahresschritten aus betriebswirtschaftlichen Gründen bis zu 350 Prozent erhöht werden sollen. Nachdem mit 31. Dezember 2001 die Bundeszuschüsse für den Zeitungsversand auslaufen, treffen die geplanten Erhöhungen die Herausgeber der Druckmedien in vollem Umfang. Bereits im vergangenen Jahr reduzierte sich aufgrund der gestiegenen Zustellgebühren die Zahl der Titel um 50 Prozent von 8.500 auf 3.800. Besonders karitativ tätige Organisationen und NGOs sind von den geplanten Erhöhungen betroffen.

Aus demokratie- und sozialpolitischen Gründen erweist sich der Verzicht auf staatliche Zuschüsse zu erschwinglichen Zustelltarifen immer mehr als unzumutbar und verfehelter Weg der Budgetkonsolidierung.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Welche demokratie - und sozialpolitische Bedeutung messen Sie Zeitungstarifen bei?
2. Wie beurteilen Sie den Tarifvorschlag der Post AG?
3. Auf welche Weise werden Sie einen vertragslosen Zustand zu vermeiden versuchen?

4. In welcher Form werden Sie sich für die Reform und Aufstockung der Presseförderung entsprechend dem Modell der Prognos AG, Basel einsetzen?
5. Auf welche Weise soll den Betroffenen
 - a) der Zeitungsherausgeber,
 - b) der Vereine und NGOsein Ausgleich für die exorbitant steigenden Zustellkosten gewährleistet werden?
6. Welche Form der Übergangslösung streben Sie an?
7. Werden Sie Budgetmittel für eine bessere Vereins - und Presseförderung bereitstellen? Wenn nein, warum nicht?